

RV 132

Auskunftsrecht in der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes

Inhalt und Ziele

Der Vortrag behandelt wesentliche Aspekte der zum Auskunftsrecht ergangenen jüngeren Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes. Er spannt einen Bogen vom demokratiepolitischen Hintergrund des Auskunftsrechtes über den Kreis der zur Auskunft Verpflichteten, dem Rechtsschutz gegen Auskunftsverweigerung und anderen Themen bis hin zur Auskunft gegenüber Medien.

Lernmethode

Vortrag, Diskussion

Zielgruppe

Legistinnen und Legisten, Verwaltungsjuristinnen und Verwaltungsjuristen, interessierte Mitarbeitende

Vortragender

Mag. Dr. Christoph Kleiser, Verwaltungsgerichtshof

Zeit & Ort

Dauer: 1–2 Stunden
Seminarnummer: RV 132 **Neu**
Termin: 21. März 2019, 10–12 Uhr
Ort: Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport, 1010 Wien,
Hohenstaufengasse 3, Kassensaal

Organisation

In Verantwortung von: Herr Dr. Arnold Schoba, MA
Sekretariat: Frau Petra Ranzenbacher

Anmerkungen

Sie sind eingeladen, Fragen und Problemstellungen bis 1 Monat vor dem Veranstaltungstermin zu kommunizieren (arnold.schoba@bmoeds.gv.at), damit sie in der Veranstaltung behandelt werden können.

Ein Live-Mitschnitt dieser Präsenzveranstaltung wird als Videostream zeitnah im Internet auf einer zugangsgeschützten Webseite zur Verfügung gestellt werden. Dadurch können

Kolleginnen und Kollegen, denen die physische Teilnahme vor Ort nicht möglich ist, den Vortrag nachträglich ansehen.

Über den Vortragenden

Mag. Dr. Christoph Kleiser

Verwaltungsgerichtshof, Richter

christoph.kleiser@vwgh.gv.at